

BAHN ÖBB-Chef Kern lässt nach Güterwaggon-Affäre Arbeitsverlagerungskonzept grundsätzlich überprüfen

ÖBB stoppen Auslagerung von Arbeit ins Ausland

Wien. ÖBB-Chef Christian Kern hat vergangene Woche bei einer Krisensitzung die Notbremse in der Affäre um die Auslagerung technischer Wartungsarbeiten ins Ausland gezogen. „Wir werden derzeit keine weiteren Verlagerungen mehr durchführen, sondern prüfen intern das Konzept und werden in einigen Wochen eine endgültige Entscheidung dazu treffen“, sagt Kern im Gespräch mit dem Wirtschaftsblatt. Ursprünglich hätten die Bundesbahnen vorgehabt, mehr als die Hälfte des Wartungsvolumens im Ausland durchführen zu lassen; derzeit halte man „bei deutlich unter 50 Prozent“. Wartungsarbeiten wurden vor allem in der Slowakei von der Firma ZOS durchgeführt, die wiederum von der Technische Services Slovakia, an der die

ÖBB 51 Prozent halten, beauftragt worden war.

Ausgegangen war die Causa von einer Entgleisung eines ÖBB-Güterwaggons in Brixen im Juni aufgrund technischer Mängel, worauf die italienischen Behörden einen Einreisestopp über die ÖBB-Waggons verhängten. Derzeit werden rund 2000 ÖBB-Waggons sukzessive nach Österreich zurückgeholt und hier von regionalen technischen ÖBB-Werkstätten durchgecheckt. Der vorläufige Schaden durch den Unfall und die daraus resultierenden Folgen beläuft sich auf fünf Millionen €. „Wir haben uns in Verhandlungen allerdings darauf geeinigt, dass die ÖBB davon nur 600.000 € tragen müssen und die restlichen 4,4 Millionen die slowakische Wartungsfirma“, sagt Kern. Man nehme

die Causa jedenfalls ernst, sagt der ÖBB-Chef, und er sei diesbezüglich auf einer Linie mit dem Chef der Eisenbahnergewerkschaft Roman Heben-

„Die Manager-Boni sind nicht an den Abbau von Köpfen geknüpft“

Christian Kern
ÖBB-Chef

streit: „Sicherheit geht vor“, so Kern, der allerdings die Kritik Hebenstreits zurückweist, „Grund des Übels“ für die mangelnde Qualität seien „Manager-Boni für den Mitarbeiterabbau“. Kern: „Das

stimmt einfach nicht. Die Manager-Boni sind nicht an den Abbau von Köpfen geknüpft“.

Cash durch Schließung

Froh ist Kern indes, dass der Schaden der Affäre das Konzernergebnis nur geringfügig beeinträchtigen wird. Denn auch beim bisherigen ÖBB-Sorgenkind Rail Cargo Austria (RCA) muss momentan ein Kunden- und Volumensverlust hingenommen werden. Aufgrund der Strategie, sich beim Güterverkehr von nicht profitablen Transporten zu trennen, kommen verstärkt Drittanbieter zum Zug; zuletzt ist der RCA-Marktanteil von 84,6 auf 84,2 Prozent gesunken.

Durch die angekündigte Schließung von 41 Verladestellen wird die RCA im kommenden Jahr weitere 0,6 Prozent Volumen verlieren –

allerdings einen positiven Ergebniseffekt erzielen, sagt Kern: „Wir gehen da von rund sieben Millionen € aus.“

Für heuer ist der ÖBB-Chef trotz der schwierigen konjunkturellen Lage weiter positiv eingestellt: Die RCA werde voraussichtlich zum Jahresende „noch besser als zuletzt gerechnet abschließen“. Ursprünglich lag das EBIT-Ziel bei 12,6 Millionen €, vor Kurzem bei 26 Millionen €, jetzt wird in Unternehmenskreisen sogar ein Betrag um die 40 Millionen € für möglich gehalten. Das hieße, dass auch das Konzern-Ergebnis von geplanten 60 Millionen € besser ausfallen könnte. „Auch Ungarn ist heuer klar positiv, und im Personenverkehr haben wir Zuwächse im Nah- und Fernverkehr von fünf bis sechs Prozent“, sagt Kern. (gf)



„Besseres Ergebnis als geplant“, sagt ÖBB-Chef Kern

ERMITTLUNGEN Pilz will Material bezüglich vier Beamter der StA übergeben

Eurofighter: Bald weitere Anzeigen



Grün-Politiker **Peter Pilz** will in Italien Beweise sammeln und neue Anzeigen einbringen

Der Staatsanwaltschaft (StA) wird neues mögliches Beweismaterial bezüglich des Vergabeverfahrens vorgelegt. Indes streitet die Politik über zivilrechtliche Schritte.

Wien. Peter Pilz (G) lässt das Thema Eurofighter nicht los. Vor allem beschäftigt den Leiter des früheren Eurofighter-U-Ausschusses, ob nicht schon zu Beginn der Beschaffung Korruption im Spiel war.

Einerseits hat er drei Beamte des Verteidigungsministeriums im Visier, die angeblich auf kopiersicherem Papier aufgezeichnet haben sollen, dass der damals bloß am Reißbrett existierende EADS-Jet bei den Lebenszeit-Betriebskosten um eine Mil-

liarde teurer gewesen wäre als sein Konkurrent Saab-Gröpen. Diese Geheim-Unterlagen seien danach aber aus Luftabteilung und Generalstab verschwunden, sagt Pilz.

Verwirrung um Klausel

Und dann gab es da noch einen weiteren Beamten, der in den von Unternehmens- und Europarechtsprofessor Josef Aicher verfassten Eurofighter-Vertrag „in einer plötzlichen Eingebung“ einen weiteren Passus einsetzte. Dieser lautete: Die Wohlverhaltenspflichten gelten nur, „wenn und soweit die dort definierten Rechtsgeschäfte vom Bieter selbst abgeschlossen werden.“

Pilz stößt dies sauer auf: „Gegengeschäfte konnten nicht von der Eurofighter GmbH (und EADS, Anm.) geschlossen werden.“ Er hält es aufgrund dieser Anfügung bei

den Wohlverhaltensklauseln für möglich, dass die Position Österreichs bei Zivilklagen (Vertragsrückabwicklung, Schadenersatz) geschwächt worden sein könnte.

Weiters nimmt Pilz das Steuerungs-Komitee ins Visier: Mitglied war dort der in U-Haft sitzende Italiener R. – er ist ein Insider der Waffenbranche und wird von dem Politiker (er reist bald zwecks Recherchen nach Rom, Anm.) bezichtigt, dass er Ende 2003 erste Schmiergelder bezahlt habe. Später habe sein Landsmann L. jenes Scheinfirmen-System aufgebaut, über das Millionen flossen. Das Wirtschaftsblatt berichtete bereits über diese Hintergründe.

Indes geht der Zank weiter, was zivilrechtlich geschehen soll. Pilz will einen gänzlichen Vertragsausstieg und verweist darauf, dass der Kontrakt

EADS die Bezahlung frustrierter Aufwendungen (etwa: durch Ausstieg nutzlose Investitionen) aufbürde. Wie berichtet waren zuletzt die Kosten eines Ausstiegs aufs Tapet gebracht worden.

Staatsanwalt am Zug

Der Grüne kritisiert dabei Minister Norbert Darabos scharf, weil dieser zu zögerlich agiere. Günther Kräuter, SP-Fraktionsvorsitzender im Eurofighter-U-Ausschuss: „Darabos hat unmissverständlich festgestellt, dass man im Falle des Nachweises von Schmiergeldflüssen alle gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpfen werde. Das kompliziert verschachtelte Vertragswerk bringt mit sich, dass die Ergebnisse der StA abgewartet werden müssen.“

OLIVER JAINDL
oliver.jaindl@wirtschaftsblatt.at

ENERGIE

ABB entwickelt Lösung für Gleichstromnetze

Wien. Die Energiewende stellt vor allem die Stromnetzbetreiber auf die Probe: Um etwa Windparks auf hoher See oder abgelegene Solaranlagen mit Industriezentren zu verbinden, müssen Leitungen über Hunderte Kilometer verlegt werden.

Noch findet die Übertragung meist über Wechselstromnetze statt, was bei großen Stromautobahnen zu erheblichen Übertragungsverlusten führt. Der Elektrotechnikkonzern ABB ist nun bei der Entwicklung von weitaus effizienteren Gleichstromnetzen einen wichtigen Schritt weitergekommen: Mit einem speziellen Leistungsschalter kann Gleichstrom für einige Millisekunden unterbrochen werden. Damit werde „eine seit 100 Jahren bestehende Hürde für die Entwicklung der Gleichstromübertragung beseitigt“, heißt es seitens des Unternehmens.

Somit könnten erneuerbare Energien effizienter übertragen und die Stabilität bestehender Wechselstromnetze verbessert werden.

Durch den massiven Ausbau von Erneuerbaren – vor allem in Deutschland – und die dafür nötigen Milliarden-Investitionen in die Netze sei ABB in einer „komfortablen Situation“, sagt Österreicher-Vorstand Franz Chaluppecky. Trotz besserer Technologien müssten für die Energiewende hohe Summen investiert werden, schließlich könne man „nicht beides haben“: weniger CO₂-Emissionen und niedrigere Energiekosten.

„Schock“ für Branche

Für Verbund-Vorstand Wolfgang Anzengruber sei die Frage nach dem „wie“ bei der Energiewende der Technik und der Wirtschaft zu überlassen – „das ist nicht das Primat der Politik“. Die Umstellung auf Erneuerbare sei ein „Schock“ für die Energiebranche, ähnlich wie die Marktliberalisierung in Österreich vor über zehn Jahren. Bei den Bemühungen, von fossiler und atomarer Energie wegzukommen, wird laut Anzengruber aber oft vergessen, dass „Energie als Basis unseres Wohlstands leistungsfähig bleiben muss“. (fab)

IN KÜRZE

„Neue Ufer“ für Mayr-Melnhof

Wien. Mayr-Melnhof-CEO Wilhelm Hörmanseder sieht die „neuen Ufer“ der Firma in Südamerika. Das Brot und die Butter lieferten für das börsennotierte Unternehmen aber weiterhin der Heimmarkt Europa, so Hörmanseder in einem Interview mit dem „Börse-Express“. Ab 2018 werde Südamerika „schöne Ergebnisbeiträge“ bringen. In Lateinamerika sieht Hörmanseder „die MM Gruppe auch in fünf Jahren noch auf einem dynamischen Kurs“. (apa)

Politik schafft kaum Arbeitsplätze

Wien. Politik und Verwaltung können nach Einschätzung der Österreicher kaum

Arbeitsplätze schaffen. Das ist das Ergebnis der GfK-Lifestyle Studie 2012, wonach nur 15 Prozent der Befragten angaben, dass der Staat oder die Bundesländer neue Jobs aufstellen. Noch weniger Einfluss werden nur den Banken und Versicherungen (13 Prozent) und der Europäischen Union (6 Prozent) zugeschrieben. (apa)

Eher Stagnation als Inflation

Wien. „Ich fürchte mich nicht vor der Inflation, sondern eher vor der Stagnation. Ein Stagnationsszenario ist leider für Europa nicht ausschließbar“, sagt OeNB-Gouverneur Ewald Nowotny. Eine Inflationsgefahr bestehe in Österreich und Deutschland jedenfalls nicht. (apa)